

Informationen zur Datenverarbeitung
im Hinblick auf Mandanten- und Interessentendaten

Im Folgenden informieren wir Sie darüber, wie wir Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen eines Mandatsverhältnisses oder im Rahmen einer Mandatsanbahnung (Interessentendaten) verarbeiten.

1. Verantwortlich

für die Datenverarbeitungen verantwortlich im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO ist:

Anwaltskanzlei Diercks

Deepenstöcken 12
22529 Hamburg

Tel 040 210 620 10
Fax 040 210 705 20

diercks@anwaltskanzlei-diercks.de

Leiterin der verantwortlichen Stelle

Rechtsanwältin Nina Diercks

- nachfolgend **AKD** -

2. Gegenstand des Datenschutzes

Gegenstand des Datenschutzes sind personenbezogene Daten. Diese sind nach Art. 4 Nr. 1 DSGVO alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare Person beziehen. Hierunter fallen z.B. Angaben wie Namen, Postanschrift, E-Mail-Adresse oder Telefonnummer, aber auch Inhaltsdaten wie Informationen zu Ihren Angelegenheiten.

3. Umfang und Zweck der Datenerhebung und -speicherung

Im Folgenden klären wir über den Umfang der Datenerhebung und -speicherung sowie -nutzung (im Folgenden „Datenverarbeitung“, verwendet im Sinne von Art. 4 Nr. 2 DSGVO) und über den Zweck der jeweiligen Datenverarbeitung im Rahmen der Webseite auf.

4. Datenverarbeitung im Rahmen der Mandatsverhältnisse und der Mandatsanbahnung

Sowohl im Rahmen eines Mandatsverhältnisses als auch im Rahmen einer Mandatsanbahnung verarbeiten wir personenbezogene Daten. Dabei verarbeiten wir die folgenden Kategorien von personenbezogenen Daten.

4.1. Datenkategorien im Rahmen von Mandatsverhältnissen, Zwecke der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlage

Von Mandanten verarbeiten wir im Mandatsverhältnis regelmäßig die folgenden Daten:

- Vor- und Zuname des Mandanten, bzw. des vertretungsberechtigten Organs
- Unternehmen sowie zuständige Ansprechpartner nebst Daten der geschäftsführenden Organe
- Postanschrift
- E-Mail-Adresse(n)
- Telefonnummer(n)
- Steuernummer(n)
- Bankverbindungen
- Handels- und Partnerschaftsregisternummern
- Vertragsdaten (im Hinblick auf die Rechtsberatungsleistung)
- Kalendereintragungen
- Handels- und Geschäftsbriefe
- Sämtliche sonst erforderlichen Daten zur Erbringung der Rechtsberatungsleistungen wie:
 - Beschreibungen der jeweiligen Angelegenheit
 - Daten im Hinblick auf zu erstellenden oder zu prüfenden Verträgen
 - sonstige notwendige Informationen zur Durchführung der Rechtsberatung und/oder Rechtsvertretung

Zweck der Verarbeitung ist denn auch die Erbringung der Rechtsberatung und Vertretung in allen Angelegenheiten des IT- Medien- Datenschutz- und Arbeitsrechts. Dies umfasst insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- Beratung
- Vertragsprüfung und – erstellung
- Erstellung von sonstigen rechtlichen Erklärungen und Dokumenten
- Vertretung gegenüber (potentiellen) Vertragspartnern,
- Vertretung gegenüber Gegnern
- Vertretung gegenüber Behörden
- Vertretung vor den Gerichten

Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO, da wir die Leistung der Rechtsberatung und Rechtsvertretung nur bei Angabe all dieser Daten für den Mandanten erbringen können.

4.2. Datenkategorien von Interessenten , Zwecke der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlage

Im Rahmen von Mandatsanbahnung, werden regelmäßig die nachfolgenden Daten von Interessenten verarbeitet:

- bei anfragenden E-Mails oder sonstige elektronische Nachrichten etwa die folgenden Daten:
 - o Erste Informationen zu der jeweiligen Angelegenheit wie die Skizzierungen eines Geschäftsmodells, einer vertraglichen Konstellation oder des (vermeintlichen) Beratungsbedarfs im Unternehmen.
 - o E-Mail-Adresse
 - o Telefonnummer
 - o sonstige Daten, die regelmäßig Gegenstand von E-Mail-Footern sind.
- bei Telefonanrufen etwa die folgenden Daten:
 - o Telefonnummer
 - o Name des Ansprechpartners und Name des Unternehmens
 - o Erste Informationen zum Anliegen
 - o Ggf. die E-Mail-Adresse

Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitung ist ebenfalls Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO, da diese Daten zu den Zwecken eines möglichen Vertragsabschluss vom Betroffenen an AKD übermittelt werden.

5. Vertraulichkeit der Kommunikation

Bitte beachten Sie unbedingt [Ziffer 4 der allgemeinen Mandatsbedingungen](#), welche sich mit der Vertraulichkeit der Kommunikation und insbesondere der Befreiung von der Verschwiegenheitsverpflichtung bei durch Sie verlangter unverschlüsselter Kommunikation befasst.

6. Zweckgebundene Datenverwendung, Empfänger von Daten, Weitergabe der Daten

AKD beachtet den Grundsatz der zweckgebundenen Datenverwendung. Sämtliche vorgenannten Daten verarbeiten wir nur zu den bereits genannten Zwecken.

Neben der Verantwortlichen sind jedoch auch

- unsere IT-Betreuung,
- unsere Anwalts-Software-as-Service-(SaaS)-Lösung
- unsere SaaS-Backup-Lösung
- unsere SaaS Dokumenten- und Office-Lösung
- ggf. unsere Webconference-Lösung
- unsere Steuerberatung

Empfänger Ihrer Daten. Soweit erforderlich sind mit den Empfängern allerdings Auftragsverarbeitungsverträge nach Art. 28 DSGVO abgeschlossen worden.

Gerne informieren wir Sie über die konkreten Empfänger Ihrer Daten. Schreiben Sie uns dazu einfach eine Nachricht. Aus Gründen der IT-Sicherheit verzichten wir an dieser Stelle jedoch auf eine öffentliche namentliche Nennung.

Und selbstverständlich werden Ihre Daten im Rahmen der Mandatsabwicklung ggf. an folgende (öffentliche) Stellen übermittelt wie etwa (*Hello, Captain Obvious!*):

- ggf. gegnerische Vertretungen (Rechtsanwälte, externe Datenschutzbeauftragte)
- ggf. Behörden
- ggf. Gerichte

Eine Weitergabe der persönlichen Daten an Dritte außerhalb des hier geschilderten Rahmens erfolgt ohne eine ausdrückliche Einwilligung nicht.

Auch die Übermittlung an auskunftsberechtigte staatliche Institutionen und Behörden erfolgt im Übrigen nur im Rahmen der gesetzlichen Auskunftspflichten oder, wenn wir durch eine gerichtliche Entscheidung zur Auskunft verpflichtet werden.

7. Dauer der Verarbeitung

Mandantendaten werden gemäß der gesetzlichen Vorschriften nach § 50 BRAO über 6 Jahre und nach §§ 146, 147 AO über 10 Jahre aufbewahrt und nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen gelöscht.

Die Frist gemäß BRAO beginnt mit Abschluss des Jahres, in dem das Mandat beendet wurde, die Frist nach der AO mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem die jeweiligen Daten erhoben wurden.

Nach Beendigung eines Mandates werden die Daten in der Verwendung gemäß Art. 18 DSGVO auf die Erfüllung der Aufbewahrungspflicht beschränkt und nach Ablauf der o.g. Fristen gelöscht.

Das Vorstehende gilt nicht, wenn Mandanten dauerhaft, insbesondere im Hinblick auf Vertrags- und Beratungsangelegenheiten betreut werden. In diesem Fall werden Akten zur optimalen und langfristigen Betreuung über die sechs Jahresfrist hinaus, mindestens so lange, wie das Mandatsverhältnis besteht, aufbewahrt.

Daneben gilt: Ist eine Löschung einzelner Daten und Datensätze nur mit einem unverhältnismäßigen Aufwand, bezogen auf die Extraktion und Separierung im Hinblick auf unterschiedlichen Löschfristen

möglich, so werden diese Daten einheitlich nach Erledigung des Anliegens beschränkt und mit Ablauf von 10 Jahren gelöscht.

Die Frist beginnt mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem das jeweilige Datum erhoben wurde.

Interessentendaten werden nach zwei Jahren gelöscht, soweit keine sonstigen gesetzlichen Aufbewahrungsfristen eingehalten werden müssen. In dem Fall werden die Daten in der Verwendung gemäß Art. 18 DSGVO auf die Erfüllung der Aufbewahrungspflicht beschränkt und nach Ablauf der o.g. Fristen gelöscht.

Die Frist beginnt mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem die jeweiligen Daten erhoben wurden.

8. Betroffenenrechte (u.a. Auskunfts-, Widerrufs-, Widerspruchs und Löschungsrechte)

Unabhängig von den vorstehenden Ausführungen haben Sie die folgenden Rechte:

Sie haben das Recht, Auskunft bezüglich der von Ihnen bei uns verarbeiteten Daten zu verlangen. (Sie wissen jetzt schon zwar alles, was wir über Sie wissen, aber wir teilen Ihnen dies gerne noch einmal mit.)

Sie können jederzeit der Verarbeitung Ihrer Daten widersprechen, soweit die Voraussetzungen des Art. 21 DSGVO vorliegen, und eine etwaige daneben erteilte Einwilligung zur Verarbeitung der Daten jederzeit widerrufen. Wenn die Einwilligungen zur Datenverarbeitung widerrufen bzw. der Verwendung der Daten widersprochen wird, berührt dies die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung bis zum Zeitpunkt des Widerrufs bzw. des Widerspruchs nicht.

Weiter können Sie jederzeit die von uns verarbeiteten Daten berichtigen, beschränken oder löschen lassen. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass es gesetzliche Verpflichtungen – wie Aufbewahrungspflichten - geben kann, Daten weiter zu speichern. In diesem Fall können die Daten nur beschränkt werden. Dies meint, dass die Daten ausschließlich zu dem Zweck des Nachkommens der gesetzlichen Pflichten verarbeitet und sonst nicht genutzt werden.

Darüber hinaus steht Ihnen daneben auch das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO sowie das Recht zur Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde im Sinne von Art. 77 DSGVO zu.

Wenden Sie sich bei Fragestellungen jederzeit an uns unter kontakt@anwaltskanzlei-diercks.de.

9. Datenschutzbeauftragte

Die Benennung eines eigenen Datenschutzbeauftragten ist nach Art. 37 DSGVO, § 38 BDSG derzeit nicht erforderlich.